

Steinhof tastet sich an Kompromiss heran

Am Steinhof soll gebaut werden – allerdings nur auf einem Drittel der geplanten Fläche, empfehlen die Experten. Der Plan, das historische Areal schonend zu bebauen, kann die Gegner dennoch nicht besänftigen.

Julia Herrnböck

Wien – Wie auf Zuruf wirkte die Ankündigung von Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou (Grüne) am Mittwoch, die Widmung für das Steinhof-Areal ändern zu wollen. Denn nur wenige Stunden vorher empfahl die von ihr eingesetzte Expertenkommission genau das: eine Kurskorrektur. Damit scheint der umstrittene Plan der Stadt Wien, 600 Wohnungen auf dem Gelände zu errichten, endgültig vom Tisch.

Proteste und Baustopp

Die Kommission – bestehend aus Architekten, Denkmalschutzbeauftragten und Stadtplanern – war die Folge heftiger Proteste zweier Bürgerinitiativen, die, unterstützt von Opposition und Boulevardmedien, eine Bebauung ganz verhindern wollten. Nach einem Baustopp und Mediationsverfahren über den Sommer arbeitete die Kommission mit sechs Wiener Architekturbüros einen Kompromiss aus.

Die neuen Pläne sehen eine Bebauung im Osten vor: 160 Wohneinheiten zu je 100 Quadratmetern, verteilt auf elf sogenannten



So könnte Steinhof einmal aussehen – die Kommission empfiehlt neben Neubauten aus Ziegel auch Restaurierungen von bestehenden Gebäuden. Die Pathologie könne jedoch „wegen ihrer historischen Belastung“ nur als Museum oder Gedenkstätte genutzt werden. *Foto: APA*

Baufeldern. Allerdings gibt die Kommission keinerlei Nutzung für die Einheiten vor. Ob also hunderte Privatwohnungen oder vermehrt andere Formen in den neuen Gebäuden entstehen, ist noch offen. Was fehlt, ist ein Nutzungskonzept für das ganze Areal, wenn das Otto-Wagner-Spital bis 2024 seinen Betrieb aufgibt. Dann werden 53 Pavillons frei, die ebenfalls genutzt werden können.

Und genau da setzt die Kritik der Bürgerinitiative an, deren Mitglieder sehr zahlreich zur Präsentation erschienen. „Private Wohnungen haben da oben nichts verloren, solange nicht klar ist, was

mit dem Gelände passiert“, echauffiert sich eine Anrainerin. Unterstützung erfährt sie von einem Mitstreiter, der meint, unter diesen Umständen sei es viel zu früh, um zu bauen. Eine andere Dame murmelt, eher zu sich selbst, sie sehe immer noch nicht ein, dass überhaupt etwas geändert werden müsse in Steinhof.

Nach und nach schaukelt sich die Stimmung im kleinen Saal auf. Als der Vorwurf lauter wird, die Kommission habe ein begleitendes Verkehrskonzept vergessen, scheint es dem Schweizer Vorsitzenden Christoph Luchsinger zu bunt zu werden.

„Die Diskussion gleitet jetzt endgültig ins Politische ab und das ist nicht das Forum dafür“, versuchte er die zahlreichen Wortmeldungen vonseiten der Bürgerinitiativen zu beenden. „Ihr habt’s jetzt genug geredet, das ist ja keine Soloveranstaltung für Euch“, schob Architekt Adolf Krischanitz hinterher, der ebenfalls am Podium saß.

Dazu muss man wissen, dass den Teilnehmern der Mediation tags zuvor eine Extra-Präsentation für offene Fragen angeboten wurde, zu der allerdings nur zwei Mitglieder der Bürgerinitiativen erschienen sind. Kritik kommt auch

von der FP und der VP, die ein Gesamtnutzungskonzept verlangen.

Geht es nach den Grünen, sollen die neuen Gebäude gemischt genutzt werden. Das bedeutet, in einem Haus könnten sowohl Wohnungen als auch Praxen, Ateliers und Büros untergebracht sein.

Weil von den ursprünglich gewidmeten 62.300 Quadratmetern jetzt nur rund 20.000 verbaut werden sollen, braucht es rechtlich gesehen keinen neuen Gemeinderatsbeschluss. Vassilakou betont, sie wolle trotzdem diesen Weg gehen, um eine zweite Verbauungswelle auch in Zukunft zu verhindern.